4.7.1969

ZUR

BESETZUNG

DES HISTORISCHEN
SEMINARS

Die Zwischenprüfungen an der Philosophischen Fakultät sind schon seit Jahren von den Studenten und großen Teilen des Lehrkörpers als irrational erkannt. In Kommissionen versuchte man, sie zu verändern. Veränderungen sind nicht erfolgt.

Im Gegenteil: zunächst werden diese irrationalen Prüfungen unter Polizeiaufsicht geschrieben, weiterhin sind sie wesentlicher Bestandteil des neuen Hochschulgesetzes. Daß man die als unsinnig erkannten Zwischenprüfungen durch Polizei "schützt", zeigt folgendes: Wo der anonyme irrationale Zwang des Systems erkannt wird und man sich ihm widersetzt, tritt der offene, brutale Zwang durch die Polizei inkraft.

Weiterhin: Die Zwischenprüfungen haben in den neuen Hochschulgesetzen die Funktion, die Teilung in Kurz- und Langzeitstudium, die Entstehung von zwei Klassen von Studenten zu erreichen. Damit wird das Studium für den größten Teil der Studenten an der Phil.-Fak. zu einer Art von College-Studium. Von der Einheit von Forschung und Lehre kann in dem Studiengang vor der Zwischenprüfung, der sich auf diese ausrichtet und stark komprimiert wird, nicht mehr die Rede sein. Die Zwischenprüfung wird neben dem Numerus Clausus zum Steuerungsinstrument der staatlichen und wirtschaftlichen Instanzen, die Anzahl der Studenten unter Kontrolle zu bekommen und den universitären output je nach ihrem Bedarf zu manipulieren. Hier zeigt sich die gesellschaftliche Dimension, die mit dem neuen Hochschulgesetz verbunden ist. Die Selektionsmechanismen Zwischenprüfung und Numerus Clausus werden zum Klassifikationsinstrument der Klassengesellschaft. Die potentiellen Bildungskräfte des Volkes, Abiturienten, die in immer größeren Massen an die Universität drängen, werden so eingedämmt und in einem halb- oder unqualifiziertem Zustand als bürokratische und industrielle Reservearmee belassen. Bedenkt man das neue Ausbildungsförderungsgesetz, das immer noch familiengebunden ist, so muß man sehen, daß durch die Klassenteilung der Studenten durch Grund- und Aufbaustudium für Angehörige der Arbeiterschicht überhaupt keine Möglichkeit mehr besteht, das Langstudium abzuleisten, sich wissenschaftlich zu qualifizieren. Die Klassenschranken dieser Gesellschaft werden verfeinert und verfestigt zugleich.

Wehren wir uns gegen dieses neue Hochschulgesetz, so müssen wir wissen, daß die Ordinarien nicht mehr das Ziel unserer Kritik und unseres Widerstandes ausschließlich sein können. Von ihrer Herrschaft kann nicht mehr die Rede sein. Sie sind ausführende Organe von Staats- und Wirtschaftsinteressen geworden, wie die Polizei. In der Situation, wo Zwischenprüfungen in abgelegenen Schulen unter Polizeiaufsicht stattfinden unterscheiden sie sich von dieser nur noch dadurch, daß sie keine Uniform tragen. Assistenten, die sich dagegen wehren, diese Polizeifunktion zu übernehmen, werden von ihnen wie am Germanischen Seminar durch Androhung von Disziplinarverfahren zur Kollaboration zwangsverpflichtet.

Wir können also in unserer Kritik und in unserem Widerstand gegen die Zwischenprüfungen, gegen das Hochschulgesetz, d.h. gegen die Verstaatlichung der Universität die Ordinarien nur noch als Agenten und Handlanger bezeichnen und uns nicht mehr an ihnen antiautoritär abreagieren und festbeißen. Wir müssen unseren Widerstand gerichtet sehen gegen die Schulbehörde, die Hochschul-

abteilung und gegen die Universitätsverwaltung als Instanz, die die Universität in ihrer Autonomie und Einheit von Forschung und Lehre zerstört und ausrichtet auf staatliche und monopolkapitalistische Verwertungsinteressen.

Dieser Widerstand wird seit heute im besetzten Historischen Seminar organisiert. Alle arbeitenden Basisgruppen werden aufgefordert, sich dort einzufinden, Arbeitsräume stehen zur Verfügung, um sich daran zu beteiligen.

Studenten im besetzten Institut.

P.S. Es findet heute um 15.00 Uhr im Audi-Max II ein Informations- Teach-In über dieses Thema statt.